

Migration und Flucht



Ausländer, Fremde, Gastarbeiter, Einwanderer, Zuwanderer, Migranten, Immigranten – der Namen gibt es viele und PolitikerInnen haben sie in den letzten Jahren immer wieder verändert. Gemeinsam ist dieser Personengruppe, dass ihr nicht die gleichen Rechte wie den Deutschen ohne Migrationshintergrund gewährt werden. Im Alltag – zum Beispiel bei der Jobsuche, in der Schule – sind sie benachteiligt. Rassismus, der viele Eingewanderte trifft, führt im Extremfall zu Verbalattacken, gewalttätigen Angriffen und Mord.

JedeR Vierte hat einen Migrationshintergrund

Hamburg ist wie alle deutschen Großstädte eine Einwanderungsstadt. Fast 15 Prozent, rund 300.000 der knapp zwei Millionen Menschen, die in der Hansestadt leben, haben einen ausländischen Pass. Diese HamburgerInnen kommen aus über 180 verschiedenen Staaten. Die mit Abstand größte Gruppe, knapp ein Viertel, besitzt die türkische Staatsangehörigkeit, fünf Prozent sind afghanische Staatsangehörige.¹ Viele haben ein prekäres, befristetes Aufenthaltsrecht, eine Aufenthaltsgestattung oder eine Duldung.

Manche haben überhaupt keine Papiere: Sie arbeiten in wohlhabenden Haushalten, auf Baustellen und in Restaurants. Illegalisierte SexarbeiterInnen bieten Dienstleistungen an. Es gibt keine belastbaren

Zahlen, wie viele »illegale« Männer, Frauen und Kinder in Hamburg leben.

Jedes Jahr erhalten in Hamburg rund 4.000 Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft.² 26 Prozent aller HamburgerInnen haben einen Migrationshintergrund – sie sind AusländerInnen oder Deutsche, die sich einbürgern ließen oder deren Eltern eingewandert sind.³ Fast jedes zweite Kind unter sechs Jahren in Hamburg hat einen Migrationshintergrund.⁴

Engagement für ein gleichberechtigtes Miteinander in Zeiten des Nützlichkeitsdiskurses

Migrantische Selbstorganisationen, kirchliche Gruppen zur Flüchtlingsarbeit, migrationspolitische und antirassistische Initiativen sowie interkulturelle Begegnungsorte, darunter auch Mitgliedsgruppen des Eine Welt Netzwerks Hamburg, engagieren sich seit vielen Jahren für ein gleichberechtigtes Miteinander in Hamburg. Sie denken Integration im Sinne von Partizipation und einem Recht auf Rechte. Sie streiten für einen Zugang zu (Aus-)Bildung, staatlichen Dienstleistungen oder Wohnungen und für die Einbindung in politische und gesellschaftliche Entscheidungsprozesse.

Der lebendigen Szene in Hamburg ist es zu verdanken, dass immer wieder eine kritische Öffentlichkeit hergestellt wird, sei es zu den Brechmittelsätzen, der Abschiebung afghanischer Familien oder dem Ältermachen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen mittels rassistischer Untersuchungen. Sie gibt Antirassismus-Workshops und Seminare zur Interkulturellen Kompetenz. Sie bietet Begegnungsorte und geschützte Räume für Beratung und Hilfe. Sie organisiert Protest und setzt sich dafür ein, dass Weltoffenheit und gleichberechtigter internationaler Austausch in Hamburg einen festen Platz finden.

Doch auch in Hamburg dominieren die Stimmen derjenigen die Debatte, die Integration als eine Bringschuld der MigrantInnen definieren, und die ein defizitäres, negatives Bild von MigrantInnen zeichnen: Sie täten zu wenig, um Deutsch zu lernen; sie hätten kein Demokratieverständnis. Damit darf sich jeder »Bio-Deutsche« über die MigrantInnen aufschwingen, auch wenn er oder sie selbst nicht alle Namen der sechzehn Bundesländer aufzählen kann, wie im Integrationskurs verlangt. Dieser Diskurs hilft nicht, den in vielen deutschen wie migrantischen Bevölkerungsgruppen verbreiteten frauenfeindlichen und antidemokratischen Ansichten entgegenzuwirken. Er dient vor allem dazu, die Identität als Deutsche zu stärken und das Bild von Einwanderern zu schwächen – ein idealer Nährboden für rassistische Attacken.

Im öffentlichen Diskurs gilt »der Migrant« wahlweise als verdächtig und kulturell rückständig –

Hamburger Spezialitäten

Hamburg gilt als liberal und weltoffen. Doch bei MigrantInnen und Flüchtlingen greift Hamburg zu harten Mitteln: Vertreibung, Ältermachen, Abschiebung. Sicher, die Debatte um Integration wird bundesweit geführt, das Zuwanderungsgesetz wurde in Berlin beschlossen. Doch Hamburg hat auch in den Bereichen Abschiebungen und Asyl Handlungsspielraum, den die Hansestadt bislang nur in repressiver Weise nutzt. Durch Abschreckung versuchen die Hamburger Behörden, Flüchtlinge von der Stadt fern zu halten.

► Seit 2002 hat Hamburg mehr als 12.000 Männer, Frauen und Kinder abgeschoben – im Städtevergleich liegt Hamburg damit weit vorn.³

► Die Zahl der neu eingereisten und in Hamburg verbliebenen AsylbewerberInnen ist 2006 auf 481 gesunken.⁴ Ein erstaunliches Rekordtief – nicht nur angesichts der Zahlen früherer Jahre, sondern auch in Anbetracht der vielen Krisen, Kriege und Verfolgungen weltweit.

► Bei so genannten »Botschaftsanhörungen« stellen »ausländische Delegationen« in Absprache mit den deutschen Behörden, aber ohne Einbeziehung der eigentlich zuständigen Botschaft, afrikanischen Flüchtlingen gegen deren Willen Reisepapiere aus. So konnte Hamburg Flüchtlinge nach Guinea, Burkina Faso, nach Benin, Ghana, Togo und in andere afrikanische Länder abschieben. Wer sich gegen die Abschiebung wehrte, wurde gefesselt und mit Medikamenten ruhig gestellt.

► Nur wenige Kinder schaffen es auf ihrer Flucht ohne ihre Eltern bis nach Hamburg. Beantragten 2001 noch mehr als 1.000 unbegleitete Minderjährige hier Asyl, sind es heute kaum mehr hundert.⁵ Nur unter großem Druck gewährt die Behörde den Kindern und Jugendlichen Hilfen wie Vormund, Inobhutnahme und Schulbesuch. Rigoros erklärt die Behörde sie für älter und verteilt sie auf andere Bundesländer.

► Als erste Landesregierung schob Hamburgs Senat ledige Männer und Ehepaare ab April 2005 in das kriegszerstörte Afghanistan ab. Familien blieben nach Protesten vorerst verschont.

► Razzien: Die Polizei riegelt S-Bahnhöfe wie die Veddel, an denen viele Eingewanderte ein- und aussteigen, ab und kontrolliert die Papiere von »ausländisch« aussehenden Menschen.

► Seit der Schließung des Wohnschiffs Bibby Altona 2007 ist die Zentrale Erstaufnahme in eine abgelegene, ehemalige Kaserne in Nostorf/Horst, Mecklenburg-Vorpommern, ausgelagert. Damit hat der Senat sein 2002 erklärtes Ziel erreicht, die neue Erstaufnahme »nicht citynah« anzusiedeln, um so »möglichst unattraktive Rahmenbedingungen« zu schaffen.⁶

3+4 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg Jahresbilanz 2006

5 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg

6 Quelle: »Bericht der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Neuordnung der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung (ZEA)« vom 27.6. 2002

oder als nützlich für die deutsche Wirtschaft. Die Gesellschaft in Deutschland – Hamburg bildet da keine Ausnahme – ist geprägt von rassistischen Strukturen. Sie nimmt – in der Tendenz – MigrantInnen nur dann auf, wenn sie als korrekturbedürftige Objekte sichtbar gemacht werden, die nationalpädagogische Pflichtveranstaltungen besuchen.

Es geht nicht darum, Missstände zu ignorieren. Analphabetismus, patriarchale Strukturen, Homophobie, Antisemitismus und autoritäres Politikverständnis gibt es sowohl unter MigrantInnen als auch unter Deutschen. Sie müssen umfassend angegangen werden – ohne dabei in Klischees zu verfallen.

Integration mit Gegenverkehr

Integration ist keine Einbahnstraße. Sie umfasst auch die Umgestaltung und Veränderung der Mehrheitsgesellschaft und ihrer Institutionen. Integration ist keine Anpassungsleistung, die nur von Menschen mit Migrationshintergrund zu fordern ist. Integration im Sinne von Entfaltungsmöglichkeiten, Gestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben adressiert sich an MigrantInnen und an die Mehrheitsgesellschaft, ihre Strukturen und Institutionen. Hier sind interkulturelle Orientierung als Leitbild und interkulturelle Öffnung als Regelaufgaben gefragt. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche bezieht.



1 Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: STATISTIK INFORMIERT NR. 61/2007

2 Quelle: Einwohner-Zentralamt Hamburg Jahresbilanz 2006

3+4 Quelle: Zahlen von 2005, Statistisches Bundesamt



Hamburgs Handlungskonzept Integration: »MigrantInnen müssen nützen!«

In der öffentlichen Diskussion und in den Gesetzen offenbart sich, dass Integration nicht abgeleitet wird aus humanitären, menschenrechtlichen und demokratischen Prinzipien wie Gleichberechtigung, Recht auf Würde, Respekt und Gleichstellung, sondern aus wirtschaftsnützlichen Standortüberlegungen, die die Eingewanderten als belastende Kostenfaktoren oder als gewinnbringende NutzbringerInnen einstuft.

Diese Sicht spiegelt sich auch in dem im Winter 2006 vorgestellten Handlungskonzept des Hamburger Senats zur Integration wider. Zwar gibt es erfreuliche Aspekte wie die geplante interkulturelle Öffnung der Polizei, der Verwaltung, der Schulen. Gleichzeitig wurden aber in den letzten Jahren Mittel der Migrationsdienste gekürzt, während die Regeldienste noch nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der HamburgerInnen mit Migrationshinter-

Brechmittel-Folter in Hamburg

Die zwangsweise Vergabe von Brechmitteln verstößt gegen das Folterverbot: Hamburg verzichtet seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte von 2006 darauf, mutmaßlichen Drogenhändlern Brechmittel gewaltsam einzuflößen, um sie zu überführen. Aber die Polizei setzt den Brechsirup auf »freiwilliger« Basis weiterhin ein.

Viele Jahre protestierten die Ärztekammer Hamburg, WissenschaftlerInnen und mehrere antirassistische Initiativen gegen diese lebensbedrohende Folter-Behandlung. Mindestens zwei Menschen sind bereits während der gewaltsamen Brechmittelvergabe gestorben: Achidi John 2001 in Hamburg und Laye-Alama Condé 2005 in Bremen.

Die Hamburger Kampagne gegen Brechmitteleinsätze hat bei der Generalbundesanwältin Monika Harms eine Strafanzeige gestellt, u.a. wegen Anstiftung zur Nötigung, zur gefährlichen Körperverletzung und zur Körperverletzung im Amt gegen den ehemaligen Hamburger Innensenator Olaf Scholz, seine Nachfolger Ronald Schill und Udo Nagel, die ehemalige Justizsenatorin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit und ihre Nachfolger Dr. Roger Kusch und Carsten-Ludwig Lüdemann, gegen unbekannte Hamburger PolizeibeamtInnen und StaatsanwältInnen beim Landgericht Hamburg sowie gegen den Leiter und eine Mitarbeiterin des Instituts für Rechtsmedizin an der Universitätsklinik Eppendorf, und weitere, beim Institut für Rechtsmedizin in Hamburg beschäftigte, unbekannte ÄrztInnen.

Die Bundesanwältin sah sich trotz des Folter-Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte nicht für den Fall zuständig; die Generalstaatsanwaltschaft Hamburg schließlich nahm die Strafanzeige laut Rechtsanwalt Martin Klingner nicht an. Das Eine Welt Netzwerk Hamburg erwartet von der Leitung des Universitätskrankenhauses Eppendorf sowie von den politisch Verantwortlichen nun zumindest die kritische Aufarbeitung dieser menschenrechtswidrigen Praxis.

grund eingehen. Zudem hat der Senat 2002 das Amt der Ausländerbeauftragten abgeschafft. Und Flüchtlinge, die meist einen Duldungsstatus haben, und Illegalisierte kommen in dem Handlungskonzept nicht vor. Im Gegensatz zu einigen anderen Städten, etwa München, ignoriert der Hamburger Senat die Situation von Illegalisierten völlig. Lediglich im schwarz-grünen Bezirk Altona steht das Thema Grundversorgung – Schule, Wohnen, Gesundheit – von Illegalisierten und deren Kindern im Koalitionsvertrag.

Die Innenbehörde hat Asylsuchende und Flüchtlinge, die meist einen sehr prekären Aufenthaltsstatus haben, in den vergangenen Jahren systematisch aus der Hansestadt vertrieben. Sicher, viele Flüchtlinge scheitern bereits an der Festung Europa, sterben auf dem Weg in den reichen Norden oder stranden in den südlichen EU-Staaten. Bei den wenigen,

die überhaupt noch nach Hamburg gelangen, setzen der Senat und die Ausländerbehörde einiges daran, sie aus der Hansestadt fern zu halten: Sie verteilen sie auf andere Bundesländer, machen ihnen das Leben schwer und schieben sie in Krieg und Armut ab (siehe Kasten S. 21).

Unerwähnt im Hamburger Handlungskonzept bleibt der Aspekt der Diskriminierung. Viele Menschen anderer Herkunft erleben auch in Hamburg alltägliche, unterschiedlichste Benachteiligungen: Junge Erwachsene werden von Diskotheken abgewiesen, Wohnungssuchende müssen sich anhören, an »Ausländer« werde nicht vermietet, AutobesitzerInnen zahlen höhere Kfz-Versicherungen. Doch auch durch vermeintlich neutrale Gleichbehandlung werden Ausschlüsse produziert, zum Beispiel wenn von allen BewerberInnen auf eine Stelle die gleichen Deutschkenntnisse verlangt werden, auch wenn diese für die Ausübung der geforderten Tätigkeiten nicht von Belang sind. Eine andere Form der Diskriminierung wirkt indirekt: Eltern mit Migrationshintergrund wird überdurchschnittlich häufig davon abgeraten, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken. Die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Sommer 2006 hat ein wichtiges politisches Signal zur Ächtung von Rassismus und Diskriminierung gesetzt – daran konnte auch Hamburgs Bundesratsinitiative im Februar 2005 gegen den rot-grünen Entwurf des Antidiskriminierungsgesetz wenig ändern.⁷

Zu seiner Umsetzung in Hamburg müssen nun Beratungs- und Anlaufstellen eingerichtet werden, an die sich MigrantInnen wenden können. Leider sieht der Senat bislang keine so genannten Antidiskriminierungsbüros vor.

Flucht und Migration lassen sich nicht von einer Politik nachhaltiger Entwicklung trennen. In der globalisierten Welt ist eine wohlhabende Stadt wie Hamburg indirekt und direkt mit vielen Ländern des Südens und Ostens verbunden. Im Rahmen seiner Verantwortung für eine zukunftsfähige globale Entwicklung und den Ausgleich von Nord und Süd könnte Hamburg eine wichtige entwicklungspolitische Aufgabe darin sehen, Vertreibung, Fluchtursachen und Armut zu bekämpfen. Ein erster Schritt wäre, den Menschen und vor allem den Kindern und Jugendlichen aus Afghanistan, Sierra Leone, dem Irak und anderen Ländern hier – in einer der reichsten Städte der Welt – Sicherheit und Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.



Was wir wollen

- ▶ Einwanderung findet statt. Sie sollte als Chance begriffen werden.
- ▶ Benachteiligte Kinder und Jugendliche brauchen ungeachtet ihrer Herkunft mehr Investitionen. Die Diskriminierung im Bildungsbereich an Kitas und in Schulen muss abgebaut werden.
- ▶ Kein Mensch ist illegal: Wir brauchen eine offensive Auseinandersetzung mit dem Thema Illegalisierung und der Situation der Betroffenen. Illegalisierte und andere Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus haben ein Recht auf Rechte!
- ▶ Rassistische Brechmitteleinsätze, Altersfeststellungen, Abschiebungen und Kontrollen müssen beendet werden!
- ▶ Bildungsangebote und Sprachkurse dürfen nicht mit Zwang und Sanktionen verbunden sein.
- ▶ Hamburg braucht eineN MigrationsbeauftragteN – das Amt muss als korrigierende und begleitende Institution mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet sein.
- ▶ Es sind weitere Maßnahmen und Investitionen notwendig, um Politik, Behörden, Gesundheitsdienste, Medien und Unternehmen für MigrantInnen zu öffnen.
- ▶ Das Bundesland Hamburg soll sich auf Bundesebene für eine ernstgemeinte Gleichberechtigung einsetzen, das heißt vollständige Ratifizierung der Kinderkonvention, Abschaffung der Bevorrechtung von Deutschen auf dem Arbeitsmarkt, Abschaffung des gesetzlichen Zwei-Klassenrechts im Bereich Flüchtlinge durch schlechtere Gesundheitsversorgung, eingeschränkte Bewegungsrechte und das so genannte Asylbewerberleistungsgesetz.
- ▶ Es sollten Antidiskriminierungsbüros zur Information und Beratung von MigrantInnen eingerichtet werden. Eine öffentliche Kampagne sollte über das neue Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz informieren.

⁷ Quelle: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/pressemeldungen/2005/februar/01/2005-02-01-jb-antidiskriminierung.html>